



Ausschuss für Kultur und Medien

69. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich als Tagesordnungspunkt 1 vorgesehenen Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der Coronaschutzverordnung als Tagesordnungspunkt 3 zu beraten.

1 „Zukunft Kultur NRW – Neue Perspektiven der Kulturpolitik“, Digitale Monitoring-Konferenz vom 1. Dezember 2021 (Präsentation s. Anlage)

4

- Bericht des Vorstands des Kulturrats NRW
- Wortbeiträge
- mündlicher Bericht der Landesregierung zur Erweiterung der Coronaunterstützung für die Kultur

- 2 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft müssen sich auf der Bühne und in den Strukturen abbilden! 17**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779
- Ausschussprotokoll 17/1602 (*Gespräch mit sachverst. Gästen am 28.10.2021*)
- Auswertung des Fachgesprächs mit Gästen
- Wortbeiträge
- 3 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Coronaschutzverordnung auf die Kultur- und Medienbranche 20**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 4 Verschiedenes 27**
- a) Konzept „Kultur. Ländliche Räume. Bürgerschaftliches Engagement“ (Vorlage 17/6279) 27**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- b) Hinweis auf Veröffentlichungen 27**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich als Tagesordnungspunkt 1 vorgesehenen Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der Coronaschutzverordnung als Tagesordnungspunkt 3 zu beraten.

2 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft müssen sich auf der Bühne und in den Strukturen abbilden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779

Ausschussprotokoll 17/1602 (*Gespräch mit sachverst. Gästen am 28.10.2021*)

– Auswertung des Fachgesprächs mit Gästen

(Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 19. Mai 2021)

Vorsitzender Oliver Keymis teilt den Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen mit, kein Votum zu dem Antrag abzugeben.

Im Fokus des Gesprächs mit Sachverständigen habe der wertschätzende Umgang innerhalb von Kulturinstitutionen gestanden, so **Andreas Bialas (SPD)**. Was als wahr und gut postuliert werde, müsse dort vorgelebt werden. Weiterhin machten Menschen aber innerhalb von Machtstrukturen negative Erfahrungen aufgrund von Ethnie oder Geschlecht.

Im Rahmen des Antrags werde eine Studie zu Art und Häufigkeit dieser Erfahrungen gefordert. Auch sollten bestehende Diversitätsprogramme der Institutionen unter die Lupe genommen werden, um zu erkennen, ob sie wirklich eine inklusive Einladung für viele darstellten oder eher Exklusivität erzeugten. Zentral sei im Anschluss daran, wie auf diese Erkenntnisse reagiert werde.

Es gelte, sich intensiv mit der Thematik zu beschäftigen und in den Kulturinstitutionen auf die Entwicklung einer Haltung hinzuwirken, die Freiheit, Fairness, Diversität und Antidiskriminierung fördere.

In den vergangenen Jahren habe das Thema des Antrags verschiedentlich sehr negativ Aufmerksamkeit erregt, meint **Bernd Petelkau (CDU)**. Unbestritten bestehe die Diversität betreffend viel Nachholbedarf; denn trotz langer demokratischer Traditionen trete vielfältig Diskriminierung zu Tage.

Aufgrund der Vielfalt der gemachten Erfahrungen gebe es allerdings kein Schlüsselement, mit welchem sich das gesamte Problem kurzfristig lösen ließe. Daher müsse die bereits im vergangenen Jahr gestartete Initiative der Landesregierung weitergeführt werden. Anstelle der durch die SPD geforderten Modellstudie brauche es konkrete Modellprojekte mit dem Ziel, Lösungsansätze aufzuzeigen und sowohl Antidiskriminierung als auch eine bessere und diversere Struktur im Kulturbereich zu befördern.

Lorenz Deutsch (FDP) pflichtet seinem Vorredner bei: Es bestehe kein Erkenntnisproblem. Die Probleme seien bekannt; so zeigten es auch die Stellungnahmen der Sachverständigen. Allerdings gebe es ein Umsetzungsproblem. Deshalb befürworte auch er Pilotprojekte in der Praxis anstelle weiterer Theorie. Die Probleme ließen sich nicht von heute auf morgen vollständig lösen, aber es gelte, möglichst schnell die Weichen zu stellen, um absehbar zu Veränderungen zu kommen.

Arndt Klocke (GRÜNE) schließt sich den Einschätzungen seiner Vorredner bezüglich der Relevanz des Themas sowie der Notwendigkeit, Handlungsoptionen zu erarbeiten, an. Er rufe allerdings in Erinnerung, dass seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei 60 Jahre, seit dem ersten Christopher Street Day in New York über 50 Jahre und seit dem Internationalen Jahr der Behinderten über 40 Jahre vergangen seien. Seiner Auffassung nach hätten Modellprojekte angesichts dessen bereits vor 30 Jahren starten müssen.

Die Gesellschaft und die Lebensrealitäten gestalteten sich mittlerweile äußerst plural und divers. Kunst und Kultur fungierten gewöhnlich als Spiegel der Gesellschaft. Grundsätzlich lasse sich gegen Modellprojekte gar nichts einwenden, bei diesem Thema müsste man aber schon deutlich weiter sein.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) verweist auf die Einbindung von behinderten Menschen in den Niederlanden. Dort gelinge dies verglichen mit Deutschland weit besser. Auch wenn es sicherlich auch in einigen anderen Fällen Schwierigkeiten gebe – mit Rassismus, mit fehlender Einbindung von Andersgeschlechtlichen und auch hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen –, erkenne sie im Umgang mit behinderten Menschen ein besonders großes Problem.

Sie stimme zu, dass eine Studie zur aktuellen Situation nicht weiterhülfe, da diese lediglich eine Momentaufnahme eines sich ständig ändernden Prozesses darstellen könnte. Dies gelte insbesondere im Kulturbereich, wie sich unter anderem an regelmäßig wechselnden Intendanten in Theatern zeige.

Auch die Auflösung „autoritär verkrusteter Strukturen“ führe aber nicht immer zu modernen demokratischen Besetzungsverfahren. So hätten es die Besetzungen von Intendanten in Dortmund und Bochum gezeigt. Niemand wolle mit dem Makel auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, aufgrund des Beschlusses eines gesamten Gremiums doch nicht genommen worden zu sein.

Den Antrag der SPD erachte sie als überflüssig, da die Landesregierung das Problem erkannt habe und versuche, Diversität und Antirassismus durch verschiedene Programme zu fördern.

PStS Klaus Kaiser (MKW) dankt im Namen des MKW für das Expertengespräch im Ausschuss. Er habe den Tonfall als sehr angemessen empfunden, und das Gespräch habe weiter für das Thema sensibilisiert. Auch zeige sich, dass über die Zielsetzung grundsätzlich Einigkeit herrsche.

Der Antrag der SPD stamme noch aus dem Mai des vergangenen Jahres. Im Juli habe das MKW das „Gesamtkonzept Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur“ vorgelegt. Außerdem sei ein Referat eingerichtet worden, welchem die Aufgabe zukomme, die Situation in der Szene zu erfassen. Dabei zeige sich, dass Modellprojekte notwendig seien, um tatsächlich zu erkennen, wie Diskriminierung verhindert und Diversität ermöglicht werden könne.

Seitens der Landesregierung werde das Projekt „Diversität und Teilhabe“ mit 3 Millionen Euro unterstützt. Hinzu komme das Förderprogramm „Neue Normalität – Förderung von Diversitätsentwicklung in Kultureinrichtungen“, in dessen Rahmen zehn Kultureinrichtungen über zwei Jahre mit zunächst insgesamt 1 Million Euro zwecks Unterstützung von Öffnungs- und Diversifizierungsprozessen gefördert würden. Aus den Erkenntnissen erhofften die Beteiligten sich handlungsleitende Empfehlungen und Best-Practice-Transfers. Ende Februar tate die Jury zur Auswahl der zu fördernden Einrichtungen – die Ausschreibungsfrist sei am 15. Dezember ausgelaufen –, und im Anschluss erfolge eine Evaluation des Programms.

